



Es gilt das gesprochene Wort.

Sprechnotiz Jahresmedienkonferenz Preisüberwacher 2015

Exposé du Surveillant des prix à l'occasion de sa conférence de presse 2015

Conferenza stampa annuale 2015: discorso del Sorvegliante dei prezzi

Von zwei Dingen wissen wir heute bereits, dass sie dieses Jahr prägen werden:

- Zum einen ist da der Entscheid der Nationalbank vom 15. Januar, halb elf Uhr morgens kommuniziert, den **Mindestkurs des Schweizer Frankens** im Verhältnis zum Euro aufzuheben. Ich komme darauf zurück.
- Zum zweiten sind dieses Jahr eidgenössische Wahlen. Die **Politik** wird also im Fokus stehen im 2015.

Ausgehend von diesen zwei Fixpunkten erläutere ich Ihnen heute einerseits den Ausblick auf das laufende Jahr. Beide Themen – die Frankenstärke und die Politik – werden dabei eine Rolle spielen.

Vorab jedoch ein **Blick zurück** auf das vergangene Jahr:

Ich möchte Sie dazu einladen, einen Blick in den **statistischen Teil** meines Jahresberichtes zu werfen. Dort sehen Sie unter anderem, dass wir **14 neue einvernehmliche Lösungen** abschliessen konnten. Dazu zählten Verträge mit Abfallverbrennungen, den Rheinsalinen und zur Zollabfertigung – Dinge, die nicht unbedingt in den Schlagzeilen der Medien landen. Sie sind aber ein wichtiger, kleiner Baustein in den Anstrengungen, Kosten in unserem Land zu senken und den Wirtschafts-, Wohn- und Werkplatz attraktiv zu erhalten. Dies ist – insbesondere angesichts der neuerlichen Frankenstärke - eine zentrale Daueraufgabe der Preisüberwachung. Zudem gibt es noch zahlreiche Verträge, die früher abgeschlossen wurden und nach wie vor in Kraft sind.

Neben den unspektakulären Dossiers gab es auch Fälle, die mehr Aufmerksamkeit erregten. Dazu gehörte sicher die Einvernehmliche Regelung mit der **Post** mit einem von der Post bezifferten Volumen von 280 Millionen Franken – oder aber der Vertrag mit dem **Öffentlichen Verkehr** - und dabei namentlich den SBB - mit zusätzlichen Rabatten in der Höhe von knapp 30 Millionen Franken jährlich. Zufrieden bin ich insbesondere mit der erstmaligen gesamtschweizerischen Regelung im **Gasbereich-Hochdrucknetz**, wo das Netznutzungsentgelt um knapp 10 Prozent schweizweit gesenkt werden konnte. Die Folgearbeiten zu diesem Entscheid haben zwischenzeitlich bezüglich der anderen Netzebenen begonnen.

Stets ein Fokusbereich ist und bleibt das **Gesundheitswesen** – sei es im Bereich der Spitaltarife oder anderer medizinischer Tarife, oder bezüglich der Medikamente. Ich kann es nicht genug betonen: Angesichts stetig steigender Kosten und Prämien ist und bleibt es zentral, in diesem Bereich ein **Gegengewicht** in einem stark Anbietergesteuerten Markt mit Elementen offenkundigen Marktversagens zu bilden. Gerade bei den Medikamentenpreisen konnten in der Vergangenheit in der Tat Preise im Wert von hunderten Millionen gesenkt werden. Allerdings ist der Erfolg insofern trügerisch, als durch Mengenzunahme und Umsteigeteuerung ein Teil der Einsparungen gleich wieder aufgefressen wird. Deshalb bleiben wir dran – gerade auch vor dem Hintergrund der zweiten Frankenstärke seit Mitte Januar 2015.

Stichwort **Frankenstärke**: Im Nachgang zur ersten Frankenstärke hatte ich bereits am 20. September 2012 eine erste Analyse mit Rechenschaftsbericht veröffentlicht. Am 28. Mai 2014 veröffentlichte ich unter dem Titel „**Preise und Kosten**“ einen zweiten Bericht zum Thema. Darin gingen wir insbesondere systemischen Fragen im Zusammenhang mit Kosten- und Preisunterschieden von identischen Produkten bei uns und im angrenzenden Ausland auf den Grund. Ich regte darin in **10 Denkanstössen** an, wie dem Problem Hochpreisinsel begegnet werden könnte. Sie sind immer noch gültig:

1. **Wettbewerb fördern und Kartellgesetz verschärfen.**
Nach der Ablehnung der KG-Revision wurde durch Ständerat Altherr das Anliegen in einer Parlamentarischen Initiative wieder aufgenommen. Es liegt nun am Parlament, hier aktiv zu bleiben. Ich hoffe, dass im Rahmen der neuen Arbeiten zur Revision des KG auch das Zeitschriftenproblem – überteuerte Importzeitschriften – angegangen wird. Dazu hatte ich eine Lösung vorgeschlagen. Ich hoffe dies nicht zuletzt gestützt auf die zahlreichen Beschwerden, die mich angesichts der tatsächlich horrenden Preisunterschiede zu diesem Thema immer wieder erreichen.
2. **Weiterer Abbau von Handelshemmnissen.** Zum Beispiel keine Abschaffung des Cassis-de-Dijon-Prinzips bei Lebensmitteln, sondern im Gegenteil dessen richtige Einführung. Das Parlament wird entscheiden müssen.
3. **Verzollung und Importformalitäten erleichtern** – zum Beispiel mit einer höheren Mehrwertsteuer-Freigrenze für Online-Einkäufe. Denn mehr Wettbewerb schafft tiefere Preise.
4. **Monopole und marktmächtige Unternehmen konsequent regulieren** – zum Beispiel bei den Flughafengebühren.
5. **Tiefere Kosten für Logistik** – zum Beispiel Einführung der Kabotage
6. **Tiefere Kosten für Werbung und Marketing** – insbesondere beim TV
7. **Agrarfreihandel anstreben** – hier sind Volksinitiativen am Laufen, die leider gerade in die umgekehrte Richtung zielen.
8. **Liberalen Arbeitsmarkt verteidigen** – das Volk hat ja beispielsweise die Mindestlohninitiative abgelehnt.
9. **Mehr Transparenz herstellen** – Internet bietet hier enorme Möglichkeiten.
10. **Preissensibilität fördern** – dies kann nur durch öffentliche Debatte und Diskussion – gerade via die Medien - stattfinden.

Bezüglich der Einzelheiten verweise ich auf diesen Bericht „Preise und Kosten“, den Sie auf www.preisueberwacher.admin.ch abrufen können.

Damit sind wir beim **Ausblick** angelangt.

Selbstredend wird die neuerliche Frankenstärke auch dieses Jahr prägen. Allerdings ist es noch zu früh, endgültig Bilanz zu ziehen – das Kursgleichgewicht ist offensichtlich noch nicht erreicht, die Schwankungen noch gross. Wir wissen also noch nicht, wo sich der neue Kurs letztlich einpendeln wird. Anekdotisch kann heute jedoch schon vermerkt werden, dass **Handel und Gewerbe** dieses Mal verglichen mit 2011 **schneller** gehandelt haben: In den Medien liest man von Preissenkungen auf breiter Front. Offen ist jedoch, wie breit diese Preissenkungsbewegung ist – und auch wie nachhaltig. Interessant wird vor diesem Hintergrund sein, die **statistische Entwicklung** sowohl des Landesindex der Konsumentenpreise als auch des Importwarenindex zu verfolgen.

Insbesondere gestützt auf Beschwerden aus der Öffentlichkeit gehen wir – im Rahmen der verfügbaren Ressourcen – auch ausgewählten Anzeigen zu

überteuerten Importprodukten nach. Jedoch ist es unmöglich, bei jedem Produkt, das in der Schweiz angeboten wird, ein lückenloses Monitoring zu betreiben. Stellen Sie sich nur etwa das Schraubensortiment eines Baumarktes vor: Vorausgesetzt, dass es sich um Importschrauben handelt, müssten sie mindestens eine Person Vollzeit damit beschäftigen, das Schraubensortiment zu analysieren und Preisbewegungen nachzuzeichnen. Dazu habe ich die Ressourcen nicht – und das wäre auch nicht sinnvoll. Denn eine zentrale Erkenntnis aus der ersten Frankenstärke ist und bleibt, dass **Währungsvorteile schneller und vollständiger weitergegeben werden, je mehr Wettbewerb** herrscht und je offener und konkurrenzbetonter ein Markt ist. Deshalb ist es am sinnvollsten und zielführendsten, auf **systemische Massnahmen** zu setzen, wie ich sie in meinem 10-Punkte-Programm skizziert haben. Denn – und erlauben Sie mir diesen Hinweis – eines ist schon interessant: Wenn sie die länderüberschreitenden Untersuchungen des europäischen statistischen Amtes nehmen, so zeigt sich, dass in Teilmärkten wie etwa der **Unterhaltungselektronik** die Preise in der Schweiz sogar *unter* den Preisen im angrenzenden Ausland liegen. Bei Unterhaltungselektronik gibt es also gleichsam einen **Abschlag Schweiz** statt einem Zuschlag Schweiz! Dies ist für mich der Beleg dafür, dass bei freiem Wettbewerb und funktionierendem Markt trotz des stets vielbeklagten hohen Kostenniveaus in der Schweiz Produkte hierzulande zu konkurrenzfähigen Preisen auch im Vergleich zu Lörrach, Waldshut, Dornbirn, Como und Divonne angeboten werden können.

Ich habe es eingangs gesagt: 2015 wird ein politisches Jahr. Deswegen will ich anhand von drei kurzen Beispielen aufzeigen, wo und wie stark die Politik und **politische Entscheidungen** einen direkten **Einfluss auf die Preise** haben, die wir täglich bezahlen.

Ich beginne bei den **Spitaltarifen stationär**:

Sie bilden mit knapp 7 Milliarden jährlich einen Viertel der Kosten zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung. Diese Tarife werden grundsätzlich von den Spitälern mit den Versicherungen verhandelt. Dabei muss ich konsultiert werden. Sind sich die Parteien nicht einig, kommt die entsprechende Kantonsregierung zum Zuge. Sie muss im Streitfall hoheitlich den Tarif festsetzen. Nun sind die Kantonsregierungen jedoch in aller Regel direkt oder indirekt auch die Eigentümer der öffentlichen Spitäler eines Kantons – und haben deshalb auch Arbeitgeber- und (finanzielle) Eigner- Interessen. So ist es nicht auszuschliessen, dass bei Spitaltarifentscheiden eben diese Interessen *vor* den Interessen der Prämienzahlenden Vorrang haben. In letzter Instanz entscheidet im Rekursfall dann das Bundesverwaltungsgericht. Entscheidend für die Tarifhöhe ist, wie die Tarife bemessen und verglichen werden. Nun hat das Bundesverwaltungsgericht in ersten Leitscheiden festgehalten, dass den Kantonsregierungen ein grosser Ermessensspielraum zugestanden werden soll. Warum? Weil auf Bundesebene **keine klaren Richtlinien zum Tarifvergleich – dem Benchmarking – bestehen**. Das Gericht hat den Bund dazu aufgefordert, solche Richtlinien zu erlassen. Es bestätigte damit eine Aufforderung, die ich bereits vor Monaten an die Politik gerichtet hatte: Zur Sicherstellung fairer Tarife seien präzisere Benchmarking-Kriterien festzulegen. Sie sehen: Je nachdem, ob nun der Bund tätig wird oder nicht, wird das Benchmarking unterschiedlich ausgestaltet sein. Und je nachdem ist es mehr oder weniger möglich, dass bei Tariffestsetzungen durch Kantonsregierungen Eigner- und Arbeitgeberinteressen vor die Interessen der Prämienzahlenden gestellt werden. Es ist mithin entscheidend, ob die politischen Behörden hier preisdämpfend eingreifen oder nicht – die Rechnung erhalten wir dann von den Krankenkassen mit dem Prämienbescheid zugestellt.

2. Beispiel: **Strom / Verzinsung:**

Ein zweites Beispiel aus dem Energiebereich: Stromleitungen und -netze sind natürliche Monopole. Auch wenn Grosskunden mittlerweile ihren Strom von verschiedenen Anbietern beziehen können: Dieser Wettbewerb beschlägt weniger als die Hälfte des Endverkaufspreises von Strom. Der Rest geht für Gebühren, Abgaben sowie den Preis für die Nutzung von Leitungen und Netzen an den lokalen Elektrizitätsversorger. Der Preis für die Netznutzung ist reguliert – im Stromversorgungsgesetz und der zugehörigen Verordnung. In dieser Verordnung ist unter anderem festgelegt, wie Investitionen im Monopol – also im Leitungsnetz - bewertet und verzinst werden sollen. Die Kompetenz hierfür liegt beim UVEK. Dieser **Zinssatz** liegt für 2015 bei **4.7%**. Was nach einer komplizierten und trockenen Materie klingt, hat handfeste Auswirkungen auf den Strompreis: Durch den aus meiner Sicht weit überhöhten Zinssatz wird der Strom für uns alle teurer, und die Stromkonzerne profitieren in einem sicheren Geschäft von einem Zins, von dem andere Unternehmen oder gar Private zur Zeit nur träumen könnten. Grund dafür ist der **politische Entscheid**, wie dieser **Zinssatz zu berechnen** ist. Dasselbe gilt beim Strompreis auch zum Beispiel in Bezug auf Subventionen, die gestützt auf die sogenannte **KEV** – die kostendeckende Einspeisevergütung für erneuerbare Energien – ausgerichtet werden. Verstehen Sie mich richtig: Grundlage etwa der KEV sind politische Entscheidungen, die ich nicht zu kommentieren habe. Was ich feststelle ist ganz simpel: Politische Entscheidungen haben je nachdem konkrete und handfeste Auswirkungen auf unser Portemonnaie.

So ist es auch beim **öffentlichen Verkehr (3. Beispiel):**

Politisch wurde entschieden, dass die ÖV-Nutzer stärker zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs herangezogen werden sollen. Dies äussert sich zum Beispiel in den sogenannten **Trassenpreisen**. Trassenpreise, das sind die Preise, welche die Bahnunternehmungen für die Nutzung der Schieneninfrastruktur bezahlen müssen. **Fast alle kürzlich erfolgten ÖV-Preiserhöhungen haben ihren Grund in erhöhten Trassenpreisen:** Per 1. Januar 2013 wurden diese Trassenpreise um 200 Millionen jährlich erhöht, per 2017 sollen weitere 100 Millionen dazu kommen.

Dies ist ein politischer Entscheid. Diesen kann ich als Preisüberwacher nicht wegzaubern. Das Wissen um diesen Hintergrund zeigt transparent auf, wie politische Entscheide sich direkt im Portemonnaie der ÖV-Fahrerinnen und Fahrer auswirken.

Nebst diesen drei Beispielen gäbe es noch zahlreiche andere, die man hier anführen könnte. Darunter sind **solche die nicht auf den ersten Blick als preiswirksam erscheinen:** Ich denke da an die Beschränkung des **Cassis-de-Dijon-Prinzips** bei Lebensmitteln, den Verzicht auf die **Kartellgesetz-Revision** oder aufwendige und teure **Zollverfahren** und -gebühren. Allen gemeinsam ist, dass sie potentiell die Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch die Wirtschaft – vom KMU bis zum Grossunternehmen – beeinflussen. In Zeiten der Frankenstärke und zunehmendem Druck auf Arbeitsplätze und Konjunktur gilt es, **Kosten in unserem Land stets und immer wieder konstruktiv zu hinterfragen.** Dazu gehört auch, dass grösstmögliche Transparenz im Rahmen der Entscheidungsfindung geschaffen werden kann. Dazu gehört, dass bei Entscheiden auch die Preiswirkung auf unsere Portemonnaies errechnet und klar ausgewiesen sowie diskutiert wird. Hier sind wir noch weit davon entfernt! Vielleicht – ich würde es begrüssen – greift das die Politik auf. Ich habe auf solche **Konsequenzen** in der Vergangenheit stets hingewiesen, und werde dies insbesondere in diesem Jahr in jenen Bereichen tun, die den **Konsum- und Werkplatz Schweiz potentiell verteuern. Und damit weniger konkurrenzfähig machen!**